
Springer-Lehrbuch

Weitere Informationen zu dieser Reihe finden Sie unter:
<http://www.springer.com/series/1183>

Walter Frenz • Hans-Jürgen Muggenborg

Recht für Ingenieure

Zivilrecht, Öffentliches Recht,
Europarecht, Strafrecht, Umweltrecht

2. Auflage

 Springer

Walter Frenz
Berg-, Umwelt- und Europarecht
RWTH Aachen
Aachen, Deutschland

Hans-Jürgen Müggenborg
Kanzlei Prof. Müggenborg
Aachen, Deutschland

ISSN 0937-7433

Springer-Lehrbuch

ISBN 978-3-662-50475-8

ISBN 978-3-662-50476-5 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-662-50476-5

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2008, 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer-Verlag GmbH Berlin Heidelberg

Vorwort

Ständig steigende Anforderungen prägen das Berufsbild des Ingenieurs. Deshalb werden nicht nur den Praktikern, sondern auch schon den Studierenden profunde juristische Grundkenntnisse in den wirtschaftlich bedeutsamen Rechtsgebieten abverlangt. Der vorliegende Band vermittelt Praktikern und Studierenden das notwendige juristische Grundwissen im Zivil-, Staats-, Verwaltungs-, Umwelt- und Strafrecht sowie im mittlerweile elementaren Europarecht. Die Energiewende wird immer wieder in Bezug genommen. Dieses Lehrbuch ist spezifisch abgestimmt auf die Bedürfnisse von Ingenieuren, kann aber auch sehr gut von Wirtschafts-, Politik- und Naturwissenschaftlern benutzt werden. Zahlreiche weiterführende Hinweise machen das Buch auch für angehende Rechtswissenschaftler interessant, die sich einen praxisrelevanten Ein- und Überblick verschaffen wollen. Das OMT-Urteil des BVerfG vom 21.6.2016 ist bereits berücksichtigt.

Der Leser soll durch den Aufbau des Bandes in die Lage versetzt werden, die notwendigen Kenntnisse zu erwerben und bei der Bearbeitung von einfachen Fällen auch eigenständig anzuwenden. Die Grundlagen der Subsumtionstechnik und der Falllösung werden intensiv dargestellt und anhand von Beispielfällen ausführlich erläutert.

Der Aufbau der einzelnen Kapitel gibt dem Einsteiger die Möglichkeit, das notwendige Wissen möglichst praxisorientiert zu erwerben und sich in den Stoff einzuarbeiten. Daher wird zu Beginn eine Einführung gegeben. Diese ist vielfach mit Beispielen versehen. Regelmäßig folgt ein Grundfall, durch den die wesentlichen Probleme der Materie deutlich werden. An seinem Anfang steht eine Gliederung, die dem Leser die Möglichkeit gibt, anhand des Falles die zielführende juristische Arbeitstechnik nachzuvollziehen. Es folgt die Lösung des Falles.

Die dabei vermittelten Grundstrukturen können weder ein wissenschaftliches Gesamtwerk noch ausführliche Lehrbücher zu den behandelten Rechtsgebieten ersetzen, sondern durch sie soll der Leser in die Lage versetzt werden, juristische Probleme praxisgerecht zu lösen. Deshalb wird hier nur im Überblick auf den Meinungsstand eingegangen. Am Beginn der meisten Kapitel stehen Hinweise

auf weiterführende Literatur – vornehmlich Ausbildungsliteratur jüngerer Datums. Zugrunde gelegt wird in erster Linie die höchstrichterliche Rechtsprechung. Dr. phil. Kristina Fischer M.A., Alina Wennemann M.A. und Susanne Schaffer danken wir sehr herzlich für die formale Gestaltung, das sorgfältige Korrekturlesen und die Überarbeitung des Sachregisters.

Aachen, 22.6.2016

Walter Frenz
Hans-Jürgen Muggenborg

Inhaltsverzeichnis

1	Recht im Allgemeinen	1
2	Falltechnik am Beispiel des Zivilrechts	5
3	BGB Allgemeiner Teil	15
3.1	Die Vertragsentstehung	18
3.1.1	Die Willenserklärung	19
3.1.2	Wirksamwerden der Willenserklärung	19
3.1.2.1	Abgabe	19
3.1.2.2	Zugang	19
3.1.2.3	Widerruf	21
3.1.3	Willenseinigung	21
3.1.3.1	Angebot	21
3.1.3.2	Annahme	23
3.1.3.3	Dissens und Auslegung der Willenserklärungen	24
3.2	Nichtigkeits- und Anfechtungsgründe	27
3.2.1	Die mangelnde Geschäftsfähigkeit	27
3.2.2	Die Anfechtung	30
3.2.2.1	Inhalts- und Erklärungsirrtum	30
3.2.2.2	Eigenschaftsirrtum	33
3.2.2.3	Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Irrtumsanfechtung	35
3.2.2.4	Arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	36
3.2.3	Verstoß gegen Formvorschriften	41
3.2.4	Nichtigkeit aufgrund gesetzlicher	42
3.3	Die Vertretung	44
3.3.1	Eigene Willenserklärung	45
3.3.2	Willenserklärung im Namen des Vertretenen	46
3.3.3	Vertretungsmacht	48

	3.3.3.1	Rechtsgeschäftliche Vollmacht	48
	3.3.3.2	Duldungs- und Anscheinsvollmacht	49
	3.3.4	Vertreter ohne Vertretungsmacht	51
	3.3.4.1	Auswirkungen auf den Vertrag	51
	3.3.4.2	Haftung des Vertreters	51
	3.3.5	Grenzen der Vertretungsmacht	52
	3.3.5.1	Verbot des In-sich-Geschäftes	52
	3.3.5.2	Kollusion und Missbrauch der Vertretungsmacht	52
4	Schuldrecht		61
	4.1	Der Allgemeine Teil	63
	4.1.1	Die Erfüllung	63
	4.1.1.1	Bewirken der Erfüllung (Leistungshandlung, Leistungserfolg)	63
	4.1.1.2	Person des Schuldners	64
	4.1.1.3	Person des Gläubigers	65
	4.1.1.4	Art der Leistung	65
	4.1.1.5	Leistungsort	68
	4.1.1.6	Leistungszeit	70
	4.1.2	Schadensersatz bei Pflichtverletzung (Unmöglichkeit und Verzug)	72
	4.1.2.1	Das Schicksal des Primäranspruchs	72
	4.1.2.2	Entstehung des Sekundäranspruchs auf Schadensersatz	75
	4.1.2.3	Unmöglichkeit im gegenseitigen Vertrag	77
	4.1.3	Der Verzug	78
	4.1.3.1	Der Schuldnerverzug	78
	4.1.3.2	Der Gläubigerverzug	80
	4.1.4	Sonstige Pflichtverletzungen	83
	4.1.5	Vorvertragliches Schuldverhältnis (culpa in contrahendo = c. i. c.)	83
	4.2	Vertragsrecht	90
	4.2.1	Der Kaufvertrag	91
	4.2.1.1	Grundregeln	91
	4.2.1.2	Mängelhaftung	92
	4.2.2	Der Werkvertrag	113
	4.2.2.1	Grundregeln	113
	4.2.2.2	Mängelhaftung	115
	4.3	Nichtvertragliche Ansprüche	128
	4.3.1	Geschäftsführung ohne Auftrag	128
	4.3.1.1	Echte Geschäftsführung ohne Auftrag	128
	4.3.1.2	Eigengeschäftsführung	129

4.3.2	Ungerechtfertigte Bereicherung	131
4.3.2.1	Leistungskonditionen	131
4.3.2.2	Nichtleistungskonditionen	132
4.3.2.3	Rechtsfolge	133
4.3.3	Unerlaubte Handlungen	134
4.3.3.1	Unerlaubte Handlungen gemäß §§ 823 ff. BGB	134
4.3.3.2	Gefährdungshaftung	137
5	Sachenrecht	141
6	Handelsrecht	145
6.1	Die Kaufmannseigenschaft	146
6.1.1	Der Ist-Kaufmann	146
6.1.2	Der Kann-Kaufmann	146
6.1.3	Relevanz der Kaufmannseigenschaft	147
6.2	Die Führung des Handelsunternehmens	151
6.2.1	Das Recht der Firmenführung	151
6.2.2	Hilfspersonen des Kaufmanns, insbes.: Der Prokurist	153
6.2.3	Rechtsschein des Handelsregisters gemäß § 15 HGB	155
6.2.4	Weitere Regelungen zur Führung des Handelsunternehmens	157
6.2.4.1	Schuldenhaftung bei Firmenübernahme gemäß § 25 HGB	157
6.2.4.2	Die Handlungsvollmacht gemäß § 54 HGB	157
6.2.4.3	Der Ladenangestellte gemäß § 56 HGB	158
6.3	Der Handelskauf	163
6.3.1	Das kaufmännische Bestätigungsschreiben	163
6.3.2	Die Rügeobliegenheit gemäß § 377 HGB	166
7	Gesellschaftsrecht	175
7.1	Die Gesellschaftsformen	176
7.1.1	Überblick	176
7.1.2	Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	178
7.1.3	Offene Handelsgesellschaft	180
7.1.4	Kommanditgesellschaft (KG)	183
7.1.5	Stille Gesellschaft	184
7.1.6	Die Partnerschaftsgesellschaft	185
7.1.7	Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	186

7.2	Die Organisation der Gesellschaft	191
7.2.1	Organisation der GbR	192
	7.2.1.1 Geschäftsführung	192
	7.2.1.2 Vertretung	193
7.2.2	Organisation der OHG	193
	7.2.2.1 Geschäftsführung	193
	7.2.2.2 Vertretung	193
7.2.3	Organisation der KG	194
7.2.4	Organisation der GmbH	194
	7.2.4.1 Geschäftsführung	195
	7.2.4.2 Vertretung	195
7.3	Die Haftung im Außenverhältnis	200
7.3.1	Haftungsstruktur der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	202
	7.3.1.1 Vertragliche Schulden	202
	7.3.1.2 Gesetzliche Schulden	205
7.3.2	Haftungsstruktur der OHG	206
	7.3.2.1 Vertragliche Haftung	206
	7.3.2.2 Gesetzliche Schulden	207
7.3.3	Haftungsstruktur der KG	207
7.3.4	Haftungsstruktur der GmbH	208
8	Europarecht	217
8.1	Europäische Union und Mitgliedstaaten	218
8.2	Unionsorgane	219
8.3	Rechtsetzung	221
8.4	Grundfreiheiten	222
	8.4.1 Grundschemata der Grundfreiheiten	222
	8.4.2 Die Warenverkehrsfreiheit	223
	8.4.3 Arbeitnehmerfreizügigkeit	230
	8.4.4 Niederlassungsfreiheit	234
	8.4.5 Freier Dienstleistungsverkehr	235
	8.4.6 Kapitalfreiheit	235
8.5	Diskriminierungsverbot	236
8.6	Wettbewerbsfreiheit	236
	8.6.1 Verbot wettbewerbsbehindernder Vereinbarungen und Beschlüsse	236
	8.6.2 Missbrauch den Markt beherrschender Stellungen	237
	8.6.3 Industrie 4.0	242
	8.6.3.1 Aktuelle Entwicklung	242
	8.6.3.2 Notwendiger Informationsaustausch	243
	8.6.3.3 Unternehmenskooperation	244
	8.6.3.4 Fazit	247

8.6.4	Beihilfenverbot	248
8.6.4.1	Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen	248
8.6.4.2	Wettbewerbsverfälschung	249
8.6.4.3	Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	249
8.6.4.4	Ausnahmen	249
8.6.4.5	Verfahren	249
8.7	Grundrechte	253
8.7.1	Verstärkte Prüfung	253
8.7.2	Schutz personenbezogener Daten	254
8.7.3	Rechtfertigung von Beeinträchtigungen	255
8.7.4	Datenweitergabe	255
8.7.5	Recht auf Vergessen	256
8.7.6	Datenschutz und -sicherheit bei Industrie 4.0	256
9	Staatsrecht	259
9.1	Rangordnung der Rechtsquellen	259
9.2	Die unabänderlichen Verfassungsprinzipien (Art. 79 Abs. 3 GG)	260
9.3	Die Grundrechte	260
9.3.1	Allgemeine Lehren	260
9.3.2	Die Eigentumsgarantie gemäß Art. 14 GG	272
9.3.3	Grundrechtliche Schutzpflichten: Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	278
10	Verwaltungsrecht	285
10.1	Das Verwaltungsrecht	285
10.2	Abgrenzung zum privatrechtlichen Handeln	286
10.3	Der Verwaltungsakt	288
10.3.1	Definition	288
10.3.2	Die Nebenbestimmung	289
10.3.2.1	Begriff	289
10.3.2.2	Rechtmäßigkeit einer Nebenbestimmung	290
10.3.2.3	Anfechtbarkeit von Nebenbestimmungen	290
10.4	Weitere Grundbegriffe des Verwaltungsrechts	294
10.4.1	Ermessen	294
10.4.2	Unbestimmter Rechtsbegriff	294
10.4.3	Subjektiv-öffentliches Recht	294
10.5	Der öffentlich-rechtliche Vertrag	295
10.5.1	Definition	295
10.5.2	Rechtmäßigkeit des Verwaltungsvertrags	296
10.5.3	Folgen der Rechtswidrigkeit	296

11.4.3	Die Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung	322
	11.4.3.1 Bewirtschaftungsprinzip	322
	11.4.3.2 Sorgfaltsgebot	322
	11.4.3.3 Das Verhältnis zum Grundeigentum	322
11.4.4	Nutzung von Gewässern	323
11.4.5	Wasserrechtlicher Besorgnisgrundsatz	323
11.4.6	Wasserschutzgebiete	324
	11.4.6.1 Festlegung von Wasserschutzgebieten	324
	11.4.6.2 Inhalt der Anordnungen	324
	11.4.6.3 Entschädigungsregelungen	324
11.4.7	Haftung	325
11.5	Bodenschutzrecht	325
11.5.1	Zweck und Anwendungsbereich	325
11.5.2	Grundpflichten	326
	11.5.2.1 Vorsorgepflichten	326
	11.5.2.2 Sanierungspflicht	326
	11.5.2.3 Gefahrenabwehr durch Eigentümer und Besitzer	327
	11.5.2.4 Gefahrenverhütung durch Einwirkende	327
11.5.3	Altlastenmanagement	327
11.5.4	Gewässersanierung	328
11.5.5	Entsiegelung	328
11.5.6	Auf- und Einbringen von Materialien auf oder in den Boden	328
11.5.7	Sachverständige	328
11.5.8	Auswirkungen auf Landesregelungen	329
11.6	Kreislaufwirtschaftsrecht	335
11.6.1	Abfallbegriff	335
	11.6.1.1 Subjektiver Abfallbegriff	336
	11.6.1.2 Objektiver Abfallbegriff	336
	11.6.1.3 Unterteilung	337
11.6.2	Geteilte Entsorgungsverantwortung	337
11.6.3	Grundsätzlicher Vorrang der Vermeidung	338
11.6.4	Produktverantwortung	338
	11.6.4.1 Anlage der Produktverantwortung im KrWG	338
	11.6.4.2 Notwendige Ausgestaltung	339
11.6.5	Flexible Überwachung	339
	11.6.5.1 Regelung im KrWG	339
	11.6.5.2 Ausgestaltung durch Rechtsverordnungen	339

11.6.6	Betriebsorganisation und Beauftragter für Abfall	340
11.6.7	Abfallberatung	340
11.6.8	Planungsverantwortung	340
12	Strafrecht	341
12.1	Strafrechtliche Grundsätze	341
12.1.1	Bestimmtheitsgrundsatz	342
12.1.2	Rückwirkungsverbot	342
12.1.3	Analogieverbot	342
12.1.4	Schuldprinzip	343
12.2	Die Einteilung der Delikte	344
12.2.1	Verbrechen und Vergehen	344
12.2.2	Erfolgs- und Tätigkeitsdelikte	344
12.2.3	Verletzungs- und Gefährungsdelikte	345
12.2.4	Begehungs- und Unterlassungsdelikte	345
12.2.5	Vollendetes oder versuchtes Delikt	346
12.2.6	Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikt	346
12.2.7	Betroffener Täterkreis	347
12.3	Aufbau der Straftat	349
12.3.1	Der Tatbestand	350
12.3.1.1	Objektiver Tatbestand	350
12.3.1.2	Subjektiver Tatbestand	351
12.3.1.3	Tatbestand beim Fahrlässigkeitsdelikt	352
12.3.2	Rechtswidrigkeit	352
12.3.3	Schuld	353
12.3.3.1	Allgemeine Voraussetzungen	353
12.3.3.2	Schuldvorwurf bei der Fahrlässigkeitstat	354
12.3.4	Strafausschließungsgründe	354
12.3.5	Strafaufhebungsgründe	355
12.3.5.1	Rücktritt	355
12.3.5.2	Tätige Reue	355
12.4	Arten strafrechtlicher Haftung: Täterschaft und Teilnahme	357
12.4.1	Die Täterschaft	357
12.4.1.1	Unmittelbarer Alleintäter	358
12.4.1.2	Mittelbarer Täter	358
12.4.1.3	Mittäter	359
12.4.2	Die Teilnahme	360
12.4.2.1	Anstifter	360
12.4.2.2	Gehilfe	361

13 Umweltstrafrecht	363
13.1 Überblick der umweltstrafrechtlichen Normen	363
13.2 Die Verwaltungsakzessorietät	366
13.2.1 Begriffliche Akzessorietät	366
13.2.2 Verwaltungsrechtsakzessorietät	367
13.2.3 Verwaltungsaktsakzessorietät	368
13.2.3.1 Auswirkung eines Verwaltungsaktes auf die Strafbarkeit	368
13.2.3.2 Strafrechtliche Wirksamkeit des Verwaltungsaktes	368
13.3 Strafrechtliche Haftung innerhalb des Unternehmens	371
13.3.1 Haftung für Handlungen von untergeordneten Mitarbeitern	372
13.3.1.1 Vorsätzliches Verhalten der Unternehmensleitung	372
13.3.1.2 Fahrlässiges Handeln der Unternehmensleitung	372
13.3.2 Organ- und Vertreterhaftung bei Sonderdelikten	373
Sachregister	381